

Universität Leipzig  
Fakultät für Physik und Erdsystemwissenschaften

# **Erste Änderungssatzung zur Promotionsordnung der Fakultät für Physik und Erdsystemwissenschaften der Universität Leipzig**

Vom 15. Mai 2025

Gemäß § 41 Abs. 5 und § 93 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Hochschulgesetz - SächsHSG) vom 31. Mai 2023 (SächsGVBl S. 329), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 31. Januar 2024 (SächsGVBl. S. 83), hat der Fakultätsrat der Fakultät für Physik und Erdsystemwissenschaften die folgende Erste Änderungssatzung zur Promotionsordnung beschlossen.

## **Artikel 1**

Die Promotionsordnung der Fakultät für Physik und Geowissenschaften vom 24. August 2016 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Leipzig, Nr. 34, S. 1 bis 28), wird wie folgt geändert:

1. In der Promotionsordnung und allen zugehörigen Anlagen wird durchgängig die Angabe „Geowissenschaften“ durch „Erdsystemwissenschaften“ ersetzt.
2. **Zum Inhalt**
  - a. Nach § 20 Nichtvollzug der Promotion, Entzug des Doktorgrades wird der Abschnitt „VI. Nachteilsausgleich, Schutzfristen“ und darunter folgende Paragraphen eingefügt:

„§ 21 Nachteilsausgleich  
§ 22 Schutzfristen“.

b. Die bisherigen §§ 21 bis 25 werden zu den §§ 23 bis 27.

### **3. Zu § 1 Promotion und Prinzip guter wissenschaftlicher Praxis**

Absatz 4 wird wie folgt neu gefasst:

„Im Rahmen der Ausbildung der Doktoranden können diese auf eigenen Wunsch für ihre zusätzliche Qualifizierung in angemessener Weise in der Lehre (wie Übungen, Seminare, Praktika, etc.) tätig werden.“

### **4. Zu § 2 Doktorgrade**

a. Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt neu gefasst:

„Der Grad Dr. rer. nat. wird bei einer Promotion auf den Fachgebieten

- Geologie (-Paläontologie),
- Geophysik,
- Fernerkundung
- Meteorologie und
- Physik

vergeben.“

b. In Absatz 3 wird die Angabe „§ 21“ durch „§ 23“ ersetzt.

### **5. Zu § 3 Promotion im grenzüberschreitenden Verfahren**

a. In Satz 2 wird die Angabe „SächsHSFG“ durch „SächsHSG“ ersetzt und der Klammerzusatz „(derzeit § 40)“ gestrichen.

b. In Satz 3 wird die Angabe „23“ durch „25“ ersetzt.

### **6. Zu § 4 Promotionsgremien**

a. In Absatz 2 wird jeweils die Angabe „Fachhochschule“ durch „Hochschule für angewandte Wissenschaften“ ersetzt.

b. Absatz 3 wird wie folgt neu eingefügt:

„Die nach § 92 Abs. 3 SächsHSG kooptierten Professoren nehmen mit den Professoren an Universitäten gleichberechtigt am Promotionsverfahren teil.“

c. Die bisherigen Absätze 3 bis 6 werden zu den Absätzen 4 bis 7.

## **7. Zu § 5 Zulassungsvoraussetzungen zur Annahme als Doktorand**

In Absatz 2 wird die Angabe „Fachhochschule“ durch „Hochschule für angewandte Wissenschaften“ ersetzt.

## **8. Zu § 6 Annahme als Doktorand**

§ 6 wird wie folgt neu gefasst:

### **„§ 6 Annahme als Doktorand**

- (1) Die Fakultät führt eine Doktorandenliste, in die alle angenommenen Doktoranden eingetragen sind und überprüft deren Aktualität regelmäßig. Liegen die Zulassungsvoraussetzungen gemäß § 5 vor und ist die Anfertigung einer Dissertation beabsichtigt, kann vor oder spätestens mit Aufnahme des Promotionsvorhabens die Annahme als Doktorand beantragt werden. Ein Antrag auf Annahme als Doktorand ist eine Äußerung der Absicht des Bewerbers, an der Fakultät für Physik und Erdsystemwissenschaften promoviert zu werden. Dieser Antrag ist nicht identisch mit dem Antrag auf Durchführung eines Promotionsverfahrens nach § 10.
- (2) Ein Antrag auf Annahme als Doktorand ist über das Doktoranden- und Post-Doktoranden Verwaltungssystem (DPVS) der Universität Leipzig zu stellen. Mit dem Antrag sind elektronisch und auf Nachfrage im Original bzw. in beglaubigter Kopie einzureichen:
  1. der angestrebte akademische Grad, das Fachgebiet (bzw. der Wunsch auf Verzicht der Nennung eines Fachgebietes) und das in Aussicht genommene Arbeitsthema der Dissertation;

2. die Bereitschaftserklärung eines Hochschullehrers der Fakultät für Physik und Erdsystemwissenschaften, eines habilitierten wissenschaftlichen Mitarbeiters der Fakultät für Physik und Erdsystemwissenschaften im Einvernehmen mit dem zuständigen Hochschullehrer, eines auf Vorschlag dieser Fakultät bestellten Honorarprofessors der Universität Leipzig oder einer vom Fakultätsrat dazu berechtigten Person sowie im kooperativen Promotionsverfahren zusätzlich die Bereitschaftserklärung eines Hochschullehrers der Hochschule für angewandte Wissenschaften zur Betreuung des Bewerbers;
3. die Bereitschaftserklärung eines Hochschullehrers der Fakultät für Physik und Erdsystemwissenschaften, eines habilitierten wissenschaftlichen Mitarbeiters der Fakultät für Physik und Erdsystemwissenschaften im Einvernehmen mit dem zuständigen Hochschullehrer, eines auf Vorschlag dieser Fakultät bestellten Honorarprofessors der Universität Leipzig, der mindestens gleichwertige wissenschaftliche Qualifikationen nachweisen kann, oder einer vom Fakultätsrat bestellten Person, die mindestens gleichwertige wissenschaftliche Qualifikationen nachweisen kann oder nach § 92 Abs. 3 SächsHSG kooptiert worden ist, zur Begutachtung der Dissertation;
4. eine von beiden Seiten unterschriebene Betreuungsvereinbarung, die die Rechte und Pflichten des Doktoranden und des Betreuers regelt;
5. Vorschläge für die Mitglieder der Promotionskommission; der Doktorand soll im Vorfeld persönlich das Einverständnis der Vorgeschlagenen einholen;
6. urkundliche Nachweise in amtlich beglaubigter Form über die Erfüllung der Voraussetzungen gemäß § 5 zur Zulassung zur Annahme als Doktorand, insbesondere über den für das Fach bzw. Arbeitsgebiet der Promotion geltenden Hochschulabschluss sowie über weitere bzw. andere akademische Prüfungen und über Zulassungsentscheide. Bei im Ausland erworbenen Abschlüssen sind neben den beglaubigten Kopien der Originalurkunden auch beglaubigte Kopien autorisierter Übersetzungen ins Deutsche oder Englische einzureichen. Für im Ausland erworbene akademische Grade ist die zur Führung dieses Grades in Deutschland durch das zuständige

Ministerium erteilte Genehmigung vorzulegen, sofern nicht ein Rahmenabkommen die Anerkennung bundesweit einheitlich gewährleistet; dies gilt für Deutsche sowie für Ausländer oder Staatenlose mit ständigem Wohnsitz in Deutschland;

7. eine Erklärung, ob – und wenn ja, wo, wann und mit welchem Thema und mit welchem Bescheid – frühere erfolglose Promotionsversuche stattgefunden haben;
  8. ein tabellarischer Lebenslauf mit Darstellung des Bildungsweges und des wissenschaftlichen Werdeganges;
  9. ein Lichtbild;
  10. eine Erklärung über die Anerkennung dieser Promotionsordnung.
- (3) Der Antrag wird durch den Promotionsausschuss geprüft; dieser kann Auflagen zur Absolvierung von ergänzenden Studien und Prüfungen erteilen, deren Erfüllung Voraussetzung zur Absolvierung der Zwischenprüfung nach § 8 ist. Beschluss und Bescheid ergehen in der Regel innerhalb von einem Monat. Die Annahme kann abgelehnt werden, wenn sich Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Promotionskommission ergeben, deren Beseitigung als unzumutbar anzusehen ist. Über die Annahme, Ablehnung und eventuelle Auflagen erhält der Bewerber eine schriftliche Mitteilung. Die Ablehnung des Antrages ist schriftlich zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Die Antragsunterlagen werden vom Dekanat verwaltet. Bei Eröffnung eines Promotionsverfahrens nach § 12 werden sie Bestandteil der Promotionsakte; im Ablehnungsfall werden die Antragsunterlagen dem Bewerber zurückgegeben.
- (4) Die Annahme verpflichtet die Fakultät zur Betreuung des Promotionsvorhabens.
- (5) Die Eintragung in die Doktorandenliste erlischt 18 Monate nach Aufnahme, wenn bis dahin die Zwischenprüfung nach § 8 nicht angetreten wurde. Gegebenenfalls ist spätestens sechs Wochen vor Ablauf dieser Frist ein Antrag auf Verlängerung der Zugehörigkeit zu stellen.

- (6) Die Eintragung in die Doktorandenliste erlischt im Übrigen mit Abschluss oder Beendigung des Promotionsverfahrens oder fünf Jahre nach Aufnahme. Gegebenenfalls ist spätestens drei Monate vor Ablauf dieser Frist ein Antrag auf Verlängerung der Zugehörigkeit zu stellen. Die Bereitschaftserklärungen des Betreuers und eines Gutachters (gemäß § 6 Abs. 2 Ziff. 2 und 3) sind erneut einzuholen.“

## **9. Zu § 9 Zulassungsvoraussetzungen zum Promotionsverfahren**

§ 9 Nummer 4 wird wie folgt neu gefasst:

„eine wissenschaftliche Arbeit gemäß § 11 einreicht, bei deren Anfertigung er von einem Hochschullehrer der Fakultät für Physik und Erdsystemwissenschaften, einem habilitierten wissenschaftlichen Mitarbeiter der Fakultät für Physik und Erdsystemwissenschaften im Einvernehmen mit dem zuständigen Hochschullehrer, einem auf Vorschlag dieser Fakultät bestellten Honorarprofessor der Universität Leipzig oder einer vom Fakultätsrat dazu berechtigten Person sowie im kooperativen Promotionsverfahren zusätzlich von einem Hochschullehrer der Hochschule für angewandte Wissenschaften betreut worden ist und für deren Begutachtung sich ein Hochschullehrer der Fakultät für Physik und Erdsystemwissenschaften, ein habilitierter wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fakultät für Physik und Erdsystemwissenschaften im Einvernehmen mit dem zuständigen Hochschullehrer, ein auf Vorschlag dieser Fakultät bestellter Honorarprofessor der Universität Leipzig, der mindestens gleichwertige wissenschaftliche Qualifikationen nachweisen kann, oder eine vom Fakultätsrat bestellte Person, die mindestens gleichwertige wissenschaftliche Qualifikationen nachweisen kann oder nach § 92 Abs. 3 SächsHSG kooptiert worden ist, bereit erklärt hat;“

## **10. Zu § 10 Antrag auf Durchführung eines Promotionsverfahrens**

Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt neu gefasst:

„Der Antrag des Doktoranden auf Durchführung eines Promotionsverfahrens ist über das Doktoranden- und Post-Doktoranden Verwaltungssystem (DPVS) der Universität Leipzig zu stellen.“

## 11. Zu § 13 Gutachter

- a. Absatz 1 Satz 4 wird wie folgt neu gefasst:

„Gutachter müssen eine Habilitation oder eine gleichwertige wissenschaftliche Qualifikation nachweisen können oder nach § 92 Abs. 3 SächsHSG kooptiert worden sein.“

- b. Absatz 1 Satz 5 wird gestrichen.

- c. In Absatz 2 wird jeweils die Angabe „Fachhochschule“ durch „Hochschule für angewandte Wissenschaften“ ersetzt.

12. Nach § 20 wird der Abschnitt **„VI. Nachteilsausgleich, Schutzfristen“** und darunter die §§ 21 und 22 wie folgt neu eingefügt:

### **„VI. Nachteilsausgleich, Schutzfristen**

#### **§ 21**

#### **Nachteilsausgleich**

- (1) Macht der Doktorand glaubhaft, dass er

1. wegen einer Behinderung oder chronischen Krankheit, die den Nachweis der durch die Promotionsprüfungsleistung festzustellenden Kompetenz erschwert, oder
2. während der Schwangerschaft, nach der Entbindung oder in der Stillzeit

nicht in der Lage ist, Promotionsprüfungsleistungen ganz oder teilweise zu den vorgesehenen Bedingungen zu erbringen oder innerhalb der in dieser Ordnung genannten Fristen abzulegen, so gewährt ihm die Promotionskommission auf schriftlichen Antrag einen angemessenen Nachteilsausgleich. Zum Nachweis ist ein ärztliches und in Zweifelsfällen ein amtsärztliches Attest vorzulegen. In Fällen von Nummer 2 kann die Glaubhaftmachung durch die Bescheinigung einer Hebamme erfolgen.

- (2) Der Antrag soll spätestens mit dem Antrag auf Durchführung des Promotionsverfahrens gestellt werden. Die Entscheidung ist dem Doktoranden schriftlich mitzuteilen.

## **§ 22**

### **Schutzfristen**

- (1) Auf Antrag sind Mutterschutzfristen, wie sie im jeweils geltenden Mutterschutzgesetz (MuSchG) festgelegt sind, entsprechend zu berücksichtigen; die erforderlichen Nachweise sind beizufügen. Die Mutterschutzfristen unterbrechen jede Frist nach dieser Promotionsordnung; die Dauer des Mutterschutzes wird nicht in die Frist eingerechnet.
- (2) Desgleichen sind auf Antrag die Fristen der Elternzeit nach Maßgabe des jeweils geltenden Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit (Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – BEEG) zu berücksichtigen. Der Doktorand muss spätestens vier Wochen vor dem Zeitpunkt, von dem ab er die Elternzeit antreten will, der Promotionskommission unter Beifügung der erforderlichen Nachweise schriftlich mitteilen, für welchen Zeitraum oder für welche Zeiträume er Elternzeit in Anspruch nehmen will. Die Promotionskommission prüft, ob die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, die bei Arbeitnehmern einen Anspruch auf Elternzeit nach dem jeweils geltenden Gesetz auslösen würden, und teilt das Ergebnis sowie gegebenenfalls die neu festgesetzten Prüfungsfristen oder sonstigen Fristen dem Doktoranden mit.
- (3) Die Inanspruchnahme der Schutzbestimmungen für die Pflege einer oder eines nahen Angehörigen im Sinne des Gesetzes über die Pflegezeit (Pflegezeitgesetz – PflegeZG) in der jeweils geltenden Fassung, die oder der pflegebedürftig im Sinne des Elften Buches des Sozialgesetzbuches (SGB XI) in der jeweils geltenden Fassung ist, wird ermöglicht.“

**13.** Die bisherigen §§ 21 bis 25 werden zu den **§§ 23 bis 27**.



## Artikel 2

1. Diese Änderungssatzung wurde vom Fakultätsrat der Fakultät für Physik und Erdsystemwissenschaften am 10. März 2025 beschlossen. Der PromovierendenRat wurde am 9. März 2025 angehört. Das Rektorat hat diese Änderungssatzung am 9. April 2025 genehmigt. Sie tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen in Kraft.
2. Promotionsverfahren, die vor Inkrafttreten dieser Änderungssatzung eröffnet wurden, können auf Wunsch des Promovenden nach den vor ihrem Inkrafttreten geltenden Vorschriften abgeschlossen werden.
3. Alle Promotionsverfahren, deren Eröffnung vom Tage des Inkrafttretens dieser Änderungssatzung an beantragt wird, unterliegen ausnahmslos den vorstehenden Bestimmungen.
4. In nachfolgenden Veröffentlichungen der Promotionsordnung der Fakultät für Physik und Erdsystemwissenschaften werden die Änderungen dieser Satzung eingefügt.

Leipzig, den 15. Mai 2025

Professor Dr. Marius Grundmann  
Dekan der Fakultät für Physik und Erdsystemwissenschaften

Professor Dr. Eva Inés Obergfell  
Rektorin